

Nr. 19/297**Fragestunde**

1. Anonyme Kunst im öffentlichen Raum?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2016
 2. Keine Dolmetscher für traumatisierte Flüchtlinge?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. März 2016
 3. Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. März 2016
 4. Zwangsverheiratungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. März 2016
 5. Werkstattbeschäftigte im öffentlichen Dienst
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. März 2016
 6. Erfolg des Seiteneinstiegs in den Schuldienst
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. März 2016
 7. Beratung durch die Unabhängige Patientenberatung nach dem Trägerwechsel
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Klaus-Rainer Rupp und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2016
 8. Beschleunigte Verfahren bei Einbruchsdelikten
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 5. April 2016
 9. Wie wird das Präventionskonzept Salafismus zukünftig finanziell unterlegt?
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 7. April 2016
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Was macht der Senat, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 8. April 2016
 11. Einspeisung der lokalen öffentlichen Rundfunkanstalten, einschließlich Radio Weser TV, ins DVB-T1/2 Netz
Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. April 2016

12. Wo bleibt der neue Personalbericht zur Umsetzung des LGG (Landesgleichstellungsgesetz)
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. April 2016
13. Ausweisung von Minderjährigen
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. April 2016
14. Welche Haltung hat der Senat zur Entschließung des Bundesrates zur heimischen Stahlindustrie
Anfrage der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. April 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/298

5. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 vom 4. Januar 2016

(Drucksache [19/232](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 5. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 Kenntnis.

Nr. 19/299

Steuerflucht international wirksam bekämpfen – Druck auf Staaten mit „Steuer-oasen“ weiter erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/367](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bundesregierung in ihren konkreten Bemühungen zur Bekämpfung von internationaler Steuerflucht und zur Schaffung von mehr Transparenz gegen illegale Finanzgeschäfte zu unterstützen. Hierbei ist für eine rechtsstaatlich geordnete Aufarbeitung die Kenntnis aller sachdienlichen Unterlagen erforderlich.

Konkret sind unverzüglich weitere geeignete Schritte über den bereits vereinbarten Austausch über Finanzkonten hinaus zur Erhöhung der Transparenz bei finanziellen Auslandsbeziehungen einzuleiten.

Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen:

1. Erweiterung der Mitwirkungspflichten von Steuerpflichtigen dahingehend, jede Beteiligung an, jede wirtschaftliche Beziehung zu und jede tatsächliche Beherrschung von Unternehmen in Offshore-Staaten darzulegen;
2. Sanktionierung von Zuwiderhandlungen gegen diese Anzeige- und Darlegungspflichten;
3. Beseitigung noch bestehender Hemmnisse für eine effektive Betriebsprüfung hinsichtlich der Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Briefkastenfirmen;
4. Einführung einer Anzeigepflicht von Banken und anderen Dienstleistern, die entsprechende Geschäftsbeziehungen vermitteln oder herstellen, gegenüber den Steuerbehörden;
5. Sanktionierung und Haftung für etwaige Steuerschäden bei Verletzung der Anzeigepflicht.

Nr. 19/300

Maßnahmen gegen anonyme Briefkastenfirmen und Steuerhinterziehung verstärken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
sowie des Abgeordneten Bernd Ravens (parteilos)
vom 19. April 2016

(Drucksache [19/394](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen der Diskussion von Maßnahmen zur Bekämpfung von Steueroasen und Briefkastenfirmen für folgende Positionen einzusetzen:

1. dass das in der Vierten Anti-Geldwäsche-Richtlinie der EU vorgesehene Transparenzregister für Unternehmenseigentümer ohne Verzug bis 2017 eingerichtet wird; dieses Transparenzregister muss die wahren wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen erfassen, und neben den Strafverfolgungs- und Finanzbehörden müssen zumindest auch Fachjournalisten, Wissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen unbeschränkten Zugang zu diesem Register erhalten;
2. dass eine offizielle Schwarze Liste der Steueroasen erstellt wird, die dem OECD Common Reporting Standards (CRS) zum automatischen Austausch von Kontodaten nicht beitreten;
3. dass deutsche Banken und ihre ausländischen Niederlassungen oder Beteiligungsgesellschaften keine Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen unterhalten dürfen, die kein aktives Nicht-Finanzinstitut im Sinne des OECD-CRS bilden und in auf der Schwarzen Liste stehenden Staaten oder in den US-Bundesstaaten Nevada, South Dakota, Wyoming und Delaware ansässig sind;
4. dass Unternehmen im Rahmen der geplanten Land-für-Land-Berichterstattung (Country-for-Country Reporting) Gewinntransfers und Steuerzahlungen in Steueroasen außerhalb der EU detailliert offenlegen müssen;
5. dass die Bundesregierung Deutschland in der EU darauf drängt, dass in den beidseitigen Datenaustausch mit dem FACTA-System der USA nicht nur Konten von Privatpersonen, sondern auch Konten von US-Gesellschaften einbezogen werden, an denen deutsche bzw. andere europäische Steuerpflichtige maßgeblich beteiligt sind;
6. dass deutsche Banken jedwede aktive Beteiligung an der Konzeption und der wesentlichen Begünstigung von Gestaltungsmodellen, die im Wesentlichen Steuerminderung und Steuerverlagerung zum Ziel haben, strafbewehrt untersagt wird und dass eine Begünstigung von Steuerhinterziehungen zwingend zur Abberufung des Vorsitzenden der Geschäftsleitung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) führt; im Zuge der Einführung eines Unternehmensstrafrechts sind zudem Sanktionen gegen die Banken selbst vorzusehen;
7. dass die BaFin ihre eingeleiteten Untersuchungen zur Beteiligung deutscher Banken und Finanzdienstleister an der Gründung von Briefkastenfirmen bei der Kanzlei Mossack Fonseca auch für eine Bestandsaufnahme aller Tätigkeiten von Banken und Finanzdienstleistern im Zusammenhang mit Briefkastenfirmen nutzt und dem Finanzausschuss des Bundestages darüber Bericht erstattet;
8. dass auch Anwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern die Hilfestellung bei der Konzeption und dem Betrieb von Steuersparmodellen untersagt wird, in die Unternehmen in Ländern der Schwarzen Liste oder in oben genannten US-Bundesstaaten einbezogen sind;
9. dass die Verjährungsfrist bei Steuerhinterziehung erst dann beginnt, wenn die Steuerpflichtigen ihren bestehenden und neuen Meldepflichten bei Auslandsbeziehungen nachgekommen sind.

Nr. 19/301

Steueroasen richtig bekämpfen – auch vor der eigenen Haustür!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. April 2016
(Drucksache [19/398](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/302

Pakt für die innere Sicherheit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/296](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/303

Beteiligung am Bildungsurlaub erhöhen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Januar 2016
(Drucksache [19/253](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. aufzuzeigen, welchen grundsätzlichen Änderungsbedarf es zur Erhöhung der Beteiligung am Bildungsurlaub im Bremischen Bildungsurlaubsgesetz und im Bremischen Weiterbildungsgesetz sieht.
2. zu prüfen, mit welchen konkreten Maßnahmen – wie z. B. der Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Bereitstellung von Informationsmaterialien, der Einführung eines Gütesiegels als Anreiz für Unternehmen, der Verwendung eines neuen Begriffs für diese Form der Weiterbildung, um ihn vom Image des Urlaubs zu befreien und/oder der gezielten Ansprache von Unternehmen und Betriebs- und Personalräten – die Akzeptanz und damit auch die Teilnahme an Bildungsurlauben erhöht werden kann.
3. drei Monate nach Beschlussfassung darüber der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Nr. 19/304

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete für mehr Transparenz bei entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des ausgeübten Berufes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. November 2015
(Drucksache [19/146](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 14. März 2016

(Drucksache [19/339](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft wie folgt zu:

Anlage 1 Verhaltensregeln für Abgeordnete

Die folgenden Verhaltensregeln werden Bestandteil (Anlage) der Geschäftsordnung.

- I. Die Abgeordneten haben zur Veröffentlichung auf der Internetseite der Bremischen Bürgerschaft und Aufnahme in das Handbuch der Bürgerschaft folgendes anzugeben:
 1. Die gegenwärtig ausgeübten Berufe, und zwar
 - a) unselbstständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers (mit Branche), der eigenen Funktion bzw. dienstlichen Stellung,
 - b) selbstständige Gewerbetreibende: Art des Gewerbes und Angabe der Firma,
 - c) freie Berufe, sonstige selbstständige Berufe: Angabe des Berufszweiges,
 - d) Angabe des Schwerpunktes der beruflichen Tätigkeit bei mehreren Berufen.
 2. Vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens sowie einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts einschließlich der bei diesen Unternehmen und Körperschaften bestehenden Mitarbeitervertretungen.
 3. Vergütete und ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen,
 4. Vergütete oder ehrenamtliche Funktionen in Organen von Vereinen und Verbänden, soweit diese nicht unter Nummer 2 und 3 fallen,
 5. entgeltliche Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten, publizistische und Vortragstätigkeit und sonstiger Dienst- oder Werkleistungen für Organisationen nach Nummer 4 soweit diese Tätigkeiten nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegen,
 6. Zuwendungen und Vergünstigungen, die ein Abgeordneter für seine politische Tätigkeit persönlich erhalten hat oder
 7. Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen, bei Aktiengesellschaften sofern der Nennbetrag der Aktien mehr als 1 vom Hundert des Grundkapitals ausmacht.
- II. Die Abgeordneten haben dem Präsidenten unverzüglich steuerpflichtige Einnahmen aus Tätigkeiten gemäß Absatz 1 Nummer 2, soweit die Wahl oder Bestellung auf Beschluss des Senates oder der Bürgerschaft erfolgt, und Tätigkeiten gemäß Absatz 1 Nummer 4, 5 und 6 anzuzeigen. Diese Angaben werden auf der Internetseite der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht. Aufgenommen werden der steuerpflichtige Betrag, der Name des Leistenden, der Vergütungsgrund und der Zeitpunkt der Zahlung. Auf Wunsch des Abgeordneten kann aufgenommen werden, dass Beträge aus diesen Einnahmen ganz oder teilweise an gemeinnützige Organisationen in Bremen oder an Parteien abgeführt wurden. Diese Eintragungen werden mit Ablauf, des auf das Zuflussjahr folgende Kalenderjahrs gelöscht.
- III. In beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten sind Hinweise auf die Mitgliedschaft in der Bürgerschaft zu unterlassen.
- IV. In Zweifelsfragen ist der Abgeordnete verpflichtet, durch Rückfragen beim Präsidenten beziehungsweise beim Vorstand sich über die Auslegung der Bestimmungen zu vergewissern.
- V. Hält der Präsident einen Verstoß gegen diese Verhaltensregeln für möglich, so befragt er die Abgeordnete oder den Abgeordneten. Wird der Vorwurf erhoben, dass eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter gegen diese Verhaltensregeln verstoßen hat, so hat der Vorstand den Sachverhalt aufzuklären und die betroffene Abgeordnete oder den betroffenen Abgeordneten anzuhören. Ergeben

sich Anhaltspunkte für einen Verstoß, so hat der Vorstand der Fraktion, der die betreffende oder der betreffende Abgeordnete angehört, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Vorstand kann das Ergebnis der Prüfung in geeigneter Form der Bürgerschaft mitteilen. Auf Verlangen der oder des Abgeordneten hat der Vorstand die Bürgerschaft über das Ergebnis der Prüfung zu unterrichten. Ist ein Verstoß nicht festgestellt worden, so bedarf die Unterrichtung der Bürgerschaft der Zustimmung des Abgeordneten.

Nr. 19/305

Verhaltensregeln für Abgeordnete

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 8. Februar 2016
(Drucksache [19/263](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/306

Faire Chancen für Alleinerziehende in Bremen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/265](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 19/307

Arbeitsmarktpolitik stärker für Alleinerziehende öffnen – Armutsbekämpfung konkret machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/295](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 19/308

Situation von Alleinerziehenden analysieren und verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15. März 2016
(Drucksache [19/341](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, binnen sechs Monaten der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, bezogen auf die letzten drei Jahre, eine Analyse der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Angebote vorzulegen. Hierbei soll insbesondere ermittelt werden:

- das diesbezügliche Beratungsangebot in den Bremer und Bremerhavener Stadtteilen, und in welchem Umfang Alleinerziehende davon erreicht wurden;
- der Anteil der Alleinerziehenden an den unterschiedlichen Förderinstrumenten der Jobcenter Bremen und Bremerhaven sowie der Arbeitsagenturen;
- wie viele Frauen eine abschlussorientierte Qualifikation angefangen haben (in Vollzeit und Teilzeit), wie viele davon aus welchen Gründen die Maßnahme abgebrochen haben sowie die Zahl der nicht besetzten Plätze und die Ursachen dafür;

- die möglichen Hürden für den Einstieg in Qualifizierung oder Beschäftigung sowie die Maßnahmen zu deren Beseitigung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine systematische Auswertung der Erkenntnisse der Beratungsstellen vorzunehmen und die Zusammenarbeit zwischen Jobcentern und Beratungsstellen so zu verbessern, dass Beratung, Coaching, Arbeitsförderung und Arbeitsvermittlung aufeinander bezogen werden. Über die Fortschritte soll der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen binnen sechs Monaten berichtet werden.

Nr. 19/309

Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 16. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [19/268](#) vom 9. Februar 2016)
(Drucksache [19/275](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 19/310

Ortsamtsleitung zukünftig auch abwählen können – Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. November 2015
(Drucksache [19/145](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/311

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 9. März 2016
(Neufassung der Drucksache [19/317](#) vom 3. März 2016)
(Drucksache [19/332](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 19/145 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/312

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/323](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/313

Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 5. April 2016

(Drucksache [19/352](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 19/314

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 8 vom 8. April 2016

(Drucksache [19/365](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/315

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. No Hate Speech!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Februar 2016
(Drucksache [19/264](#))
2. Am Ausbau der Mittelweser als Lebensader Bremens festhalten
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/269](#))
3. Lang-Lkw auf Bremens Straßen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2016
(Drucksache [19/258](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/326](#))
4. Kundenfreundlicher Bürgerservice auch per Anruf und via Internet
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Februar 2016
(Drucksache [19/270](#))
5. Bürgerservice erweitern – Internetwachen und Online-Strafanzeigen ermöglichen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Februar 2016
(Drucksache [19/271](#))
6. Ausbildungssituation transparent darstellen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Februar 2016
(Drucksache [19/274](#))

7. DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. Februar 2016
(Drucksache [19/277](#))

8. Angriffe gegen Polizeibeamte: Punkten mit Randalen?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 16. Februar 2016
(Drucksache [19/283](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2016
(Drucksache [19/353](#))

9. Integration von Flüchtlingen: Fachpersonal verstärkt ausbilden, Seiteneinstiegsmöglichkeiten weiter ausbauen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2016
(Drucksache [19/284](#))

10. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2016
(Drucksache [19/298](#))

11. Zugang zu medizinischem Cannabis erleichtern!
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. März 2016
(Drucksache [19/311](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 12. April 2016
(Drucksache [19/372](#))

12. Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. März 2016
(Drucksache [19/316](#))

13. Staatsvertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer
Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/324](#))

14. Datenschutz bei polizeilicher Telekommunikationsüberwachung
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 10. März 2016
(Drucksache [19/334](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2016
(Drucksache [19/354](#))

15. Altersarmut stärker bekämpfen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. März 2016
(Drucksache [19/336](#))

16. Bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. September 2015
(Neufassung der Drucksache [19/55](#) vom 8. September 2015)
(Drucksache [19/74](#))
17. Bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 11. März 2016
(Drucksache [19/337](#))
18. Zugang zum deutschlandweiten einheitlichen und kostenfreien Notruf für
Frauen und Mädchen weiter verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. März 2016
(Drucksache [19/342](#))
19. Entkriminalisierung von Flucht – Entlastung für Polizei und Justiz
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. März 2016
(Drucksache [19/349](#))

